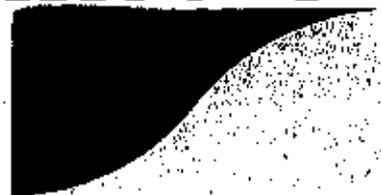


# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 88 848 pbbn d



## Inhalt

Willi Görlach, Stellvertretender Vorsitzender der Hessen-SPD, weist Minister Hoffie nach, daß er FDP-Programmpunkte verleugnet: Abschied von der eigenen Identität? Seite 1

Helmut Rothemund MdL beschreibt, wie sich Bayerns Ministerpräsident aus der Verantwortung stiehlt: Strauß läßt Bayern im Stich. Seite 3

Axel Wernitz MdB untersucht den Fall Langemann und die Glaubwürdigkeit der CSU: Die Spitze eines Fischerges. Seite 4

### Dokumentation

25 Jahre Römische Verträge: Kontinuierlicher Beitrag der SPD zum Ausbau der I.G. (Teil II) Seite 5

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

37. Jahrgang / 62

31. März 1982

Abschied von der eigenen Identität?

-----  
Klaus-Jürgen Hoffie verleugnet FDP-Programmpunkte

Von Willi Görlach

Stellvertretender Landesvorsitzender der Hessen-SPD

Das Recht des Bürgers auf Arbeit ist ein soziales Grundrecht, das den Staat zur Vollbeschäftigungspolitik verpflichtet.

Der Gedanke der Solidarität zwischen den Generationen, aber auch zwischen denen, die Arbeit haben und denen, die Arbeit suchen, muß in Zeiten einer demographisch schwierigen Erwerbspersonenentwicklung stärkere Berücksichtigung finden.

Wir fordern eine Politik, die bei den konsumtiven Ausgaben des Staates weiter einspart und dafür die investiven Ausgaben steigert.

Eine Senkung der Lebensarbeitszeit (Zugang zur Altersrente) halten wir für sinnvoll. Wenn, wie jetzt, die gewohnten Strategien nicht genügend Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen, müssen Wege zur Verringerung der Lebensarbeitszeit (bis hin zu 55 Jahren) gefunden werden.

Vorrang müssen im öffentlichen Bereich die Investitionen haben, die möglichst zugleich Voraussetzungen schaffen für private Investitionen, der Energieeinsparung dienen, den Umweltschutz verbessern, den Strukturwandel fördern.



Angesichts dieser Thesen, die vor vier Monaten Bundesvorstand und Bundeshauptaus-  
schuß der FDP unter Beteiligung Ihrer hessischen Repräsentanten verabschiedet und auch  
veröffentlicht haben, müssen die jüngsten Äußerungen des FDP-Politikers Klaus-Jürgen  
Hoffie gegen die von Holger Börner für den Münchner SPD-Parteitag bestimmten Thesen  
zur Vollbeschäftigung als Absetzen der FDP-Spitze in Hessen von der eigenen Programmatik  
gedeutet werden.

"Leitlinien zur Überwindung der Arbeitslosigkeit" nennt die FDP ihr Programm vom Dezem-  
ber. In den Äußerungen Hoffies zu Holger Börners Thesen zu Vollbeschäftigung und so-  
zialem Frieden in den 80er Jahren ist davon an keiner Stelle die Rede. Welche Art von  
Arbeitslosigkeit und welche Arbeitslosen interessieren Herrn Hoffie eigentlich?

Es gibt aber beachtenswerte Diskrepanzen. Der parlamentarische Geschäftsführer der  
FDP-Landtagsfraktion Eberhard Weghorn nannte am 16. März 1982 das CDU-Landtagswahl-  
programm "eine Zumutung" für den hessischen Wähler, in dem "Sachfragen offensichtlich  
nicht von Bedeutung sind". Hoffie aber sieht im gleichen CDU-Programm "im großen und  
ganzen die FDP-Vorstellungen" übernommen. Welche? bleibt die Frage. Die FDP-Leitlinien  
zur Überwindung der Arbeitslosigkeit sind dort jedenfalls nicht zu finden.

Die hessischen Sozialdemokraten stellen fest, daß sie derzeit die einzigen sind, die  
bereit sind, den Bürgern die Arbeitsmarkt-Probleme nicht zu verheimlichen. Sie sind  
auch die einzigen, die deutlich sagen, daß deren Überwindung Opfer von allen verlangt,  
die Arbeit haben und Mut von denen, die Verantwortung tragen. Die von Holger Börner  
vorgeschlagene Arbeitsmarktabgabe für Besserverdienende, die Hoffie so sehr erregt,  
ist ein Vorschlag unter mehreren. Börners Vorschläge beziehen sich auch nicht auf  
das Beschäftigungsprogramm der Bundesregierung, das er immer unterstützt hat und weiter  
unterstützt. Ihm geht es um die Lösung der vor uns liegenden schwierigen Probleme in  
der Bundesrepublik. Wer etwas anderes behauptet, lügt. Zahlreiche Thesen des SPD-Lan-  
desvorsitzenden könnte die FDP bei sich selbst wiederfinden, wenn sie wollte. Aber sie  
redet nun lieber vom Ende von Gemeinsamkeiten und übt artige Verbeugungen vor Alfred  
Dregger. Der Abschied von der eigenen Identität wird einkalkuliert, um an der Macht  
bleiben zu können. Aber die FDP sollte die politische Wachsamkeit und Intelligenz ihrer  
seitherigen Wähler in Hessen nicht unterschätzen. (-/31.3.1982/ks/ca)

+ + +



### Strauß läßt Bayern im Stich

---

Bayerns Ministerpräsident stiehlt sich aus der Verantwortung

Von Dr. Helmut Rothmund MdL

Landes- und Fraktionsvorsitzender der bayerischen SPD

Mitglied des SPD-Vorstandes

Strauß hat den Freistaat wieder einmal in Stich gelassen. Während die Vollversammlung des Bayerischen Landtags die Große Anfrage der SPD-Landtagsfraktion zum Thema "Arbeitsmarktlage und Beschäftigungspolitik" behandelt, verweilt der bayerische Ministerpräsident bei seinen politischen Freunden in Südafrika. Interessiert Strauß, der ja gerade zum Themenkreis Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik stets Patentlösungen zu Gunsten der Großunternehmen und zu Lasten der Arbeitnehmer bereit hat, dieses Thema nicht mehr, wenn es um Bayern und die hiesigen politischen Verantwortlichkeiten geht? Oder kann Strauß dazu nur im Bierzelt oder in der Passauer Nibelungenhalle etwas sagen, wenn markige Worte und hemmungslose Gezete gegen Bonn sachliche Aussagen ersetzen? Oder hat Strauß schon soviel dazu gesagt, daß er - ganz egal, was er vorschlägt - sich widersprechen muß? Die SPD hätte den bayerischen Ministerpräsidenten zu diesem Thema jedenfalls gerne live im Parlament erlebt.

Freilich gibt es noch einen zweiten Grund für die körperlichen Abwesenheit von Strauß. Es ist ihm offenbar unangenehm, in München oder gar im Maximilianeum zu verweilen, während der Landtag einen Untersuchungsausschuß einsetzt, der sich recht eingehend mit seiner Person beschäftigen wird.

Die Termine für die Strauß-Reise seien schon lange festgelegt, wird jetzt die Staatskanzlei antworten, länger jedenfalls als überhaupt die Möglichkeit eines Untersuchungsausschusses in Betracht gezogen werden konnte. Doch die Staatskanzlei sollte auch wissen, daß der Termin der Vollversammlung schon im letzten Jahr bekannt war. Womit wiederum das grundsätzliche Desinteresse des bayerischen Ministerpräsidenten am Bayerischen Landtag und dessen Sitzungen bewiesen wäre.

Strauß hat oft genug gezeigt, daß er das Parlament im Maximilianeum nicht für würdig genug erachtet, mit seiner Anwesenheit beglückt zu werden. Doch während sonst immer Hals- oder andere Schmerzen den Ministerpräsidenten hinderten, den Landtag mit seiner Gegenwart zu beehren - mit Ausnahme von Fraktionsabenden der CSU selbstverständlich - macht Strauß in dieser Woche überhaupt kein Hehl mehr daraus, was er vom Parlament hält. Was seine Parteifreunde in der Mehrheitsfraktion auch widerspruchslos hinnehmen. Die SPD wird in dieser Sache jedenfalls ein paar deutliche Worte im Plenum finden.

Straußens Abneigung gegen bayerische Landespolitik ist so groß, daß er lieber Plauderstündchen mit seinen Apartheid-Freunden in Südafrika hält. Der bayerische Ministerpräsident ist ja auch nach Namibia gefahren, wird jetzt die Staatskanzlei antworten. Nun, aus Namibia könnte Strauß rechtzeitig zur Vollversammlung des Landtags am Mittwoch zurück sein...

(-/31.3.1982/ks/ca)

+ + +



Die Spitze eines Eisberges  
-----

## Der Fall Langemann und die Glaubwürdigkeit der CSU

Von Dr. Axel Wernitz MdB

Vorsitzender des Bundestags-Innenausschusses

Die Affäre Langemann darf nicht als isolierter Einzelfall angesehen werden. Es ist eher die Spitze eines Eisberges und wirft ein Schlaglicht auf die Herrschaft der CSU im Freistaat Bayern und ihre Politik insgesamt. Angesichts vieler offener Fragen wird sich die CSU wohl mehr einfallen lassen müssen, als zum Beispiel die bisherige inhaltslose Kraftmeierei ihres "organisationspolitischen Dreschfliegels" Stoiber. Wie sehr die CSU mit zweierlei Maß mißt, geht daraus hervor, daß sie zwar in Bonn sehr rasch damit bei der Hand ist, heftigst nach Untersuchungsausschüssen zu rufen, aber im eigenen Lande spricht sie im konkreten Fall abfällig von "Wahlkampfespektakel" und nennt den Untersuchungsausschuß "überflüssig wie einen Kropf". Die Glaubwürdigkeit der CSU ist aber im Zusammenhang mit dem Fall Langemann noch in einer Reihe weiterer Punkte ausgesprochen notleidend.

In Bonn waren und sind gerade die CSU-Abgeordneten stets sehr schnell dabei, Politiker der sozial-liberalen Koalition beziehungsweise die Bundesregierung, insbesondere den Bundesinnenminister, als "Sicherheitsrisiko" zu diffamieren und lauthals über sogenannte Enthüllungspraktiken im Bereich der inneren Sicherheit zu lamentieren. Wo bleiben die kritischen Stimmen der Union angesichts des Langemann-Skandals? Bereits heute sind einige bedenkliche Aspekte für die innere Sicherheit unübersehbar. Dabei geht es nicht nur um Gefahren für die innere Sicherheit im Freistaat Bayern. Angesichts der Verzahnung der Sicherheitsbehörden untereinander und im Verhältnis Bund/Länder könnten hier auch Interessen des Bundes durch die jetzt sichtbar gewordenen Praktiken berührt beziehungsweise beeinträchtigt sein. Wenn Teile des bayerischen Sicherheitsapparates anscheinend offen sind wie ein Scheunentor, ist dies alarmierend genug. Dies bedarf der restlosen Aufklärung und vor allem der Korrektur.

Unglaublich und skandalös wird freilich die Angelegenheit, wenn es tatsächlich zutrifft, daß zum Beispiel auch Mitglieder der Familie Strauß - zum Beispiel Frau Marianne und Sohn Max - direkten Zugang zu den Erkenntnissen des Lagezentrums beim Oktoberfest-Attentat 1980 gehabt haben. Hier zeigt sich im Zusammenhang mit Strauß ein Sicherheitsrisiko besonderer Art. Man stelle sich einmal vor, welche Gefahren für die innere Sicherheit eintreten könnten, wenn solche Praktiken der gefälligen Befriedigung privater Neugier durch Strauß auf Bundesebene wieder einmal zum Zuge kämen.

Der Informationsservice für Mitglieder der Strauß-Familie illustriert aber schlagartig auch die geradezu beängstigende Verfilzung von Partei- und Staatsinteressen im CSU-beherrschten Freistaat Bayern. Es muß bezweifelt werden, ob diese jetzt teilweise offenkundig gewordenen Praktiken noch mit der Verfassung zu vereinbaren sind. Am Fall Langemann kann man - nicht zum ersten Mal - studieren, welche Auffassungen Strauß und die CSU zum Thema öffentlicher Dienst, Beamte und Parteipolitik wirklich vertreten und praktizieren. Auch hier das gleiche ungläubwürdige Verhalten der CSU-Parlamentarier: In Bonn großes Lamentieren über angebliche Parteibuchwirtschaft und in Bayern deckt man auch die schlimmsten Auswüchse der CSU-Parteibuchwirtschaft mit dem Mantel parteilicher Nächstenliebe zu. Vier Fragen müssen jetzt geklärt und eindeutig beantwortet werden:

1. Es geht um die solide und verfassungsmäßig einwandfreie Gewährleistung der inneren Sicherheit.
2. Es geht um die Sauberkeit und Gesetzmäßigkeit in Staats- und Verwaltungsapparat, die weder CSU-Parteibuchwirtschaft noch das parteipolitisch motivierte Weisungsrecht des CSU-Vorsitzenden beziehungsweise seiner Partei vertragen.
3. Es geht um das ungläubwürdige Verhalten von CSU-Politikern, die sich in Bonn oder anderswo als große Kritiker von SPD und FDP aufspielen und zugleich in Bayern einen CSU-Skandal nach dem anderen abdecken.

Auch aus Bonner Sicht besteht großes Interesse daran, daß der Untersuchungsausschuß den Fall Langemann aufklärt. Es darf der CSU im Interesse unseres Staates und seiner Bürger nicht gelingen, die ihr unbequemen Dinge unter den Teppich zu kehren. (-/31.3.1982/ks/ca)

+ + +

Vernünftiger Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



## D O K U M E N T A T I O N

Aus Anlaß des 25. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge (EWG und Euratom) am 25. März 1957 hat der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion Jürgen Linde folgende Handreichung versandt. (Teil II)

### 25 Jahre Römische Verträge: Kontinuierlicher Beitrag der SPD zum Ausbau der Europäischen Gemeinschaft

#### VII. Europapolitik der Sozialdemokraten seit der Direktwahl des EP: Absprache mit Partei für ein gemeinsames Vorgehen

Mit der Direktwahl des Europaparlaments am 10. Juni 1979 wurde eine alte Forderung der SPD erfüllt. Sozialdemokraten haben in der Entwicklung der Gemeinschaft nie ihre Forderung nach parlamentarischer Kontrolle der europäischen Institutionen aufgegeben. Es ist nicht zuletzt dem engagierten Eintreten von Helmut Schmidt zu verdanken, daß der entsprechende Beschluß der EG-Staats-Regierungschefs zu diesen Wahlen zustande kam.

Da die Europaparlamentarier der SPD kein Mandat für den Bundestag mehr besitzen, hat die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion rechtzeitig die Voraussetzungen für eine enge Zusammenarbeit und die Absprache für ein gemeinsames Vorgehen auf nationaler und europäischer Ebene gegenüber den dringenden anstehenden Problemen - beispielsweise Arbeitslosigkeit, Energieversorgung und Umweltschutz - geschaffen.

Die zahlreichen Anregungen und Initiativen der Europaparlamentarier der SPD im Europaparlament seit der Direktwahl wurden von der Partei in Regierung und Bundestag unterstützt. Darunter die Vorschläge zur

- Fortentwicklung der Institutionen,
- Unterstützung der französischen Initiative für eine europäische Abrüstungskonferenz,
- zur Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen überall in der Welt,
- zur Bekämpfung des Hungers in der Welt.

Vor allem die Vorschläge zur Umstrukturierung des EG-Haushalts tragen die Handschrift der Sozialdemokraten. Gefordert wird, daß

- die Gemeinschaft mehr sein muß als eine Agrargemeinschaft und eine Zollunion;
- Europa einen regionalen und finanziellen Ausgleich zwischen reichen und armen Gebieten braucht;
- im Bereich der Sozial-, Regional-, Beschäftigungs-, Energie-, Umwelt- und Entwicklungspolitik viele Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene und nicht im nationalen Alleingang durchgeführt werden.

Der Erfolg dieser Bemühungen: Die Mehrheit des Europäischen Parlaments unterstützt die Haltung der Sozialistischen Fraktion bei ihren Forderungen

- einer Reduzierung der Kosten der gemeinsamen Agrarpolitik;
- einer besseren und großzügigeren Strukturpolitik, konzentriert auf die ärmeren Regionen;



- der Priorität der Ausgaben, die eine Umverteilung zwischen armen und reichen Regionen zum Ziel hat;
- von schärferen Kontrollen der Bürokratie vor allem im Ausgabenbereich;
- gemeinsamen Vorgehens im Bereich des Umwelt-, Verbraucher- und Gesundheitsschutzes.

Die Sozialdemokraten haben sich vor allem für geeignete Maßnahmen, mit denen die weitverbreitete Mentalität, daß die Vernichtung von Lebensmitteln ein Mittel zur Bekämpfung von Überschüssen sein könne, bekämpft werden kann, eingesetzt.

Trotz Erfolgen konnte die Sozialistische Fraktion ihre Vorstellungen nicht immer durchsetzen. Zum Beispiel sind Ansätze sozialdemokratischer Rechtspolitik, mit denen die Rechte der Arbeitnehmer im Unternehmensrecht und auf dem Gebiet des Verbraucherschutzes gestärkt werden sollen, durch eine Mehrheit der Christdemokraten (EVP), Konservativen und Liberalen abgeblockt worden.

#### VIII. Unterstützung der SPD-Europaabgeordneten durch die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion: Übereinstimmende Forderungen zur Bekämpfung von Fehlentwicklungen

Die weitgehende Übereinstimmung in europapolitischen Fragen zwischen den Vertretern der SPD im Europaparlament und den SPD-Abgeordneten im Bundestag geht beispielsweise aus einem entsprechenden Antrag der Fraktion, der demnächst vom Bundestag beraten wird, hervor. Die Fraktion unterstützt darin in Übereinstimmung mit der FDP die Forderung

- einer Stärkung der Rechte des EP,
- einer verstärkten außenpolitischen Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ),
- der Bekämpfung von Fehlentwicklungen vor allem im EG-Agrarbereich,
- des Ausbaus der Sozial- und Regionalpolitik auf europäischer Ebene,
- der Sicherung der Energieversorgung in den EG-Staaten,
- einer Koordinierung im Bereich des Umwelt-, des Gesundheits- und des Verbraucherschutzes,
- einer Erweiterung der Gemeinschaft.

Sozialdemokraten sind sich auch darin einig, daß eine Ausweitung der Finanzmittel der Gemeinschaft - das heißt einer Erhöhung der derzeitigen Ein-Prozent-Mehrwertsteuer-Einnahmen - einer EG-Agrarreform nicht vorweggenommen werden darf. Das bedeutet auch: Länder mit vergleichbarer Wirtschaftskraft müssen gleiche finanzielle Lasten tragen.

#### IX. Sozialdemokratische Europapolitik in der Kontinuität: Für sozialen Ausgleich, friedliches Zusammenleben und Sicherheitspartnerschaft

Diese Forderungen und die stete Verhandlungsbereitschaft der sozialliberalen Bundesregierung mit den EG-Partnern in europapolitischen Fragen, die nicht zuletzt ein Auseinanderbrechen der Gemeinschaft verhindert hat, sind Ausdruck des Bemühens, sich den Herausforderungen der Zeit zu stellen und auf neue Fragen geeignete Antworten zu finden.

Die SPD appelliert damit zugleich an die verantwortlichen Kräfte in Europa - angesichts weltweiter Krisenerscheinungen, unter anderem hervorgerufen durch Rohstoffknappheit und Energieabhängigkeit, wirtschaftliche Rezession mit Arbeitslosigkeit, Überschuldung öffentlicher Haushalte und Währungsverfall -, das seit Gründung der Gemeinschaft Erreichte nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen durch nationale Alleingänge wie Abschottung der



Märkte und protektionistische Maßnahmen, wohin einige EG-Staaten immer mehr tendieren.

Gerade in einer Weltlage, in der die wirtschaftliche Existenz vieler Staaten und friedliches Zusammenleben bedroht sind, können nur freundschaftliche Zusammenarbeit, gemeinsames Vorgehen und Sicherheitspartnerschaft den Bestand der Europäischen Gemeinschaft, ihrer Mitglieder und ihre Rolle in der Welt sichern.

X. SPD und Europa: Gegen Europamüdigkeit - für eine breite Volksbewegung zur Einigung Europas in Frieden

Diese Notwendigkeiten zu verdeutlichen und angesichts einer gewissen Europamüdigkeit dem EG-Bürger bewußt zu machen, muß Anspruch sozialdemokratischer Europapolitik sein.

Vor der nächsten europäischen Direktwahl 1984 wird es notwendig sein, durch Reformen wie die der Agrarpolitik die Europapolitik aus den negativen Schlagzeilen der Medien herauszubringen und die durchaus fruchtbare Arbeit der Europaparlamentarier in das rechte Licht zu rücken.

Dabei wird der scheinbare Widerspruch zwischen der Bejahung des Europagedankens und der wachsenden Skepsis gegenüber den Vorteilen der Gemeinschaft in der Bevölkerung, wie ihn jüngste Analysen herausstellen, aufzulösen sein:

"In den Gründerjahren der Westintegration scheint also die Zentralisierung der Politik als Staatsprinzip eher dem Denken der Menschen entsprochen zu haben als heute... In der Zeit, als die europäische Vereinigung voranschritt, in den sechziger Jahren, als Europa immer größer und vielfältiger wurde, haben sich die relevanten Interaktions- und Identifikationsräume im Bewußtsein der Menschen verkleinert. Die Zentralisation der Macht wird wegen der Undurchschaubarkeit der Politik, die sie mit sich bringt, ebenso suspekt wie die großen Zentren selbst."

(Quelle: Bogulawski, Alexander: Rückzug aus Europa?, Europa-Archiv, 1/82, S. 16 f.)

Vor diesen Schwierigkeiten gilt heute mehr denn je die Mahnung von Herbert Wehner, geduldig und zuversichtlich auf dem Ziel sozialdemokratischer Einigungspolitik zu beharren:

"Wir dürfen nicht müde werden zu drängen, diese große breite Volksbewegung zur Vereinigung Europas zu schaffen, das mehr sein muß als ein Europa von Kommissionen, als ein Europa von Administrationen, als ein Europa von Regierenden oder von Staaten, das ein Europa von Völkern werden muß. Und es kommt die Zeit, da werden es die Leute begreifen, daß das der einzig wirkliche reale Boden ist, auf dem man noch Politik in diesem Kontinent und gegenüber den Problemen, die durch das Auseinanderrücken der Kontinente aufgeworfen sind, machen kann. Und da sollten wir froh sein, eines Tages bei aller Bescheidenheit sagen zu dürfen, daß wir stolz sind, dabei gewesen zu sein."

(Vor der Bundesfrauenkonferenz in Frankfurt/M. am 3. November 1963)

A N H A N G

1969 - 29. Juli: Unterzeichnung des zweiten Jaunde-Abkommens, das am 1.1.1971 in Kraft tritt.

1./2. Dezember: Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs in Den Haag. Die Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion bis 1980, die Aufnahme von Verhandlungen mit allen beitragswilligen Ländern sowie Grundsätze für die politische Zusammenarbeit werden beschlossen.

31. Dezember: Beendigung der zwölfjährigen Übergangszeit der EWG.



1970 - 1. Januar: Die EG-Staaten beginnen mit einer Gemeinsamen Außenhandelspolitik.

19. November: Erste außenpolitische Konsultationen der EG-Außenminister im Rahmen der politischen Zusammenarbeit der Gemeinschaft in München.

1971 - 9. Februar: Einigung im Ministerrat über die stufenweise Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion.

1. Juli: Allgemeine Zollpräferenzen der Gemeinschaft zugunsten von 91 Entwicklungsländern.

1972 - 22. Januar: Unterzeichnung der Beitrittsakte von Dänemark, Großbritannien und Irland in Brüssel.

19./21. Oktober: Die Staats- und Regierungschefs - nunmehr zu neun - beschließen in Paris den Ausbau der Gemeinschaft zur Europäischen Union und legen einen Zeitplan für die EG-Politik fest.

1973 - 1. Januar: Inkrafttreten der Verträge über den Beitritt Dänemarks, Großbritanniens und Irlands zur EG. Die Gemeinschaft erhält endgültig die Gesamtkompetenz für die gemeinsame Handelspolitik der neun Mitgliedstaaten.

6. Januar: Die Kommission der erweiterten EG nimmt unter Präsident François-Xavier Ortoli ihre Arbeit auf.

19. März: Die Gemeinschaftsländer (außer Großbritannien, Irland und Italien) bilden einen einheitlichen Währungsblock. Die sechs Länder floaten ihre Währungen nach außen (Blockfloating).

1974 - 21. Januar: Frankreich verläßt den Währungsblock und gibt den Franc-Kurs frei. Sozialminister verabschieden sozialpolitisches EG-Aktionsprogramm.

31. Juli: Eröffnung des Dialogs zwischen der Gemeinschaft und 20 arabischen Staaten.

10./11. Dezember: Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der EG in Paris faßt unter anderem folgende Beschlüsse:

- 1) Regierungschefs treffen sich dreimal jährlich als "Europäischer Rat".
- 2) Mehr Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat.
- 3) Direktwahl des Europäischen Parlaments ab 1978 und Kompetenzerweiterung.
- 4) Belgiens Premier Tindemans soll vor Ende 1975 einen Bericht über die Gesamtkonzeption der Europäischen Union vorlegen.
- 5) Schaffung einer Paß-Union.
- 6) EG-Regionalfonds soll von 1975 bis 1977 über 1,3 Milliarden RE verfügen.

1975 - 28. Februar: Unterzeichnung des Abkommens zwischen der EG und 46 Entwicklungsländern aus Afrika, der Karibik und dem Pazifik in Lomé (Togo), das am 1.4.1976 in Kraft tritt.

12. Juni: Griechenland beantragt, in die EG aufgenommen zu werden.

10. Juli: Der französische Franc wird in die Währungsschläge eingegliedert.

15. September: Die EG wird von der VR China formell anerkannt.

1./2. Dezember: Der Europäische Rat beschließt in Rom, daß im Mai/Juni 1978 die ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament durchgeführt werden und ab 1978 ein europäischer Paß eingeführt wird.

1976 - 16. Februar: Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) übermittelt dem EG-Ministerrat den Entwurf eines Abkommens zwischen dem RGW und der EWG.



15. März: Der französische Franc scheidet aus der Währungsschlange aus und floatet frei.

25./26.27. April: Unterzeichnung der globalen Kooperationsabkommen mit den Maghreb-Staaten Tunesien, Algerien und Marokko.

6. Juli: Die EG und Kanada unterzeichnen das Rahmenabkommen über handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit.

20. September: Der Rat der Außenminister unterzeichnet die Rechtsakte über die Direktwahl zum Europäischen Parlament.

1977 - 18. Januar: Unterzeichnung der Abkommen mit den Maschrek-Staaten Ägypten, Jordanien und Syrien. Abkommen mit Libanon wird am 3.5.1977 unterzeichnet.

28. März: Portugal beantragt, als Mitglied in die EG aufgenommen zu werden.

1. Juli: Die Freihandelsregelung der Gemeinschaft mit den Rest-EFTA-Staaten (Island, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Finnland) tritt in Kraft.

27. Juli: Spanien beantragt, als Mitglied in die EG aufgenommen zu werden.

27. Oktober: EG-Präsident Roy Jenkins verkündet in Florenz sieben Thesen für einen neuen Ansatz zur Währungsunion.

1978 - 3. Februar: Paraphierung eines nichtpräferentiellen Handelsabkommens der Gemeinschaft mit der VR China; in Kraft seit 1.6.1978.

7./8. April: Europäischer Rat in Kopenhagen legt als Termin für die allgemeine unmittelbare Wahl zum Europäischen Parlament den 7. bis 10. Juni 1979 fest.

6./7. Juni: Europäischer Rat in Bremen beschließt engere Zusammenarbeit der Neun auf währungspolitischem Gebiet.

1. November: Kooperationsabkommen mit den Maghreb- und Maschrek-Staaten in Kraft.

4./5. Dezember: Europäischer Rat in Brüssel beschließt Europäisches Währungssystem.

1979 - 12./13. März: Europäischer Rat in Paris beschließt Ingangsetzen des Europäischen Währungssystems zum 13.3.1979; die entsprechenden Verordnungen werden rückwirkend zum 1.1.1979 erlassen.

28. Mai: Unterzeichnung der Beitrittsakte Griechenlands in Athen.

7.-10. Juni: Erste Direktwahl zum Europäischen Parlament.

17.-20. Juli: Erste Plenartagung des direkt gewählten Europäischen Parlaments; Wahl von Simone Veil zur Präsidentin.

31. Oktober: Unterzeichnung des neuen AKP-EWG-Abkommens zwischen der Gemeinschaft und 58 Ländern in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean (Lomé II).

1981 - 1. Januar: Beitritt Griechenlands als 10. Mitgliedsstaat zur Europäischen Gemeinschaft. Das Lomé II-Abkommen tritt in Kraft.

24. Juni: EG-Kommission legt im Rahmen des Mandats vom 30. Mai 1980 ihre Vorschläge zum Ausbau der Gemeinschaftspolitiken und deren Finanzierungsmodalitäten vor.

1982 - 19. Januar: Wahl von Pieter Dankert zum Präsidenten des Europäischen Parlaments.

(-/31.3.1982/vo-he/ca)

+

+

+

Verantwortlich: Willi Carl

